

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Druckpreis: Das vierte Blatt  
frei ins Haus monatlich 20 Mark.  
Bestellungen nehmen die Postämter  
und die Anzeigen-Verwaltung  
an. — Einzelne Nummern  
5 Pfennig. — Anschlag Nr. 22.  
Telegraphische Anzeigergebühren.  
Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Druckpreis: Das vierte Blatt  
monatlich ins Haus aus Aue und  
Umgebung 20.00 Mark, auswärts  
22.00 Mark. Anzeigen-Verwaltung  
Aue, 12.00 Mark. Bei größeren Ab-  
nahmen entsprechende Rabatte.

Nr. 276

Dienstag, den 28. November 1922

17. Jahrgang

### Die verdrängten Deutschen und die Reparationskommission.

Man kann es durchaus begreifen, daß vor einigen Tagen aus dem in Berlin abgehaltenen Kongreß der verdrängten Deutschen aus den verschiedensten Gebieten des Reiches wie aus dem Ausland lebhaft und leidenschaftliche Klagen laut geworden sind über die Verschleppung ihrer Entschädigungsansprüche gegen das Reich. In der Tat läßt der Geschäftsgang gerade bei den hier in Betracht kommenden Behörden außerordentlich zu wünschen übrig, und böse Zungen behaupten, daß das Reichskommissariat für Auslandsschäden bisher nur zwei Milliarden Papiermark zur Auszahlung gebracht, aber mehr als fünf Milliarden für die Gehälter seiner Beamten verbraucht habe. Immerhin wird mit diesen Beschwerden, so berechtigt sie im einzelnen auch sein mögen, nicht der Kern der Sache getroffen. Selbst wenn alle hier in Frage kommenden Instanzen mit der größtmöglichen Schnelligkeit und Pünktlichkeit arbeiteten, würde das Resultat ein unbefriedigendes bleiben, denn der letzte Grund des Mißstands der Auslandsdeutschen liegt nicht etwa bei den deutschen Behörden, sondern in dem Versailler Frieden, der die Deutschen in Ost und West, in Nord und Süd wie in Uebersee von ihrem rechtmäßigen Besitz vertrieben und sie einem Elend preisgegeben hat, das zu lindern das durch den Versailler Frieden herbeigeführte und verhängte Reich völlig außerstande ist.

Es wäre deshalb zu wünschen gewesen, daß die verdrängten Deutschen ihre berechtigten Enttäuschungen nicht in erster Linie gegen die deutschen Behörden gerichtet hätten, sondern gegen die sogenannte Reparationskommission, die zufälligerweise gleichzeitig mit dem Kongreß der Verdrängten in Berlin getagt hat. Hier, in den Maßnahmen dieser Kommission, die seit nahezu vier Jahren mit unumschränkter Gewalt in Deutschland herrscht, hier liegt die Wurzel alles Übels, und es gehört zu den erstaunlichsten Tatsachen, daß die Deutschen sich noch immer untereinander anstrengen und beschuldigen, statt in entschlossener außenpolitischer Einheitsfront dem feindlichen Vernichtungswillen entgegenzutreten. Wie wenig das bei uns in Deutschland geschieht, wie unklar sich noch immer die weitesten Kreise des deutschen Volkes über die wirklichen Ziele und Absichten der Entente sind, geht u. a. auch aus der Tatsache hervor, daß wir Deutsche uns unter dem Einfluß der geschickten Entente-propaganda allmählich daran gewöhnt haben, die Reparationskommission mit dem Namen, von der Entente selbst geprägten Ausdruck „Reparationskommission“ zu bezeichnen. Wergeblich haben deutsche Schriftsteller und Politiker gegen diesen Mißbrauch Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß der Begriff der „Wiedergutmachung“ absichtlich von der Entente eingeführt worden ist um in uns Deutschen das Bewußtsein eines begangenen Unrechts und der Verpflichtung der Entente derselben waghalsig zu halten. Wer die Vorgeschichte wie die Geschichte des Krieges selbst auch nur einigermaßen kennt und auch nur eine Ahnung von den Ententemethoden moralischer Propaganda hat, kann sich nicht einen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß Deutschland garnicht „wieder gut zu machen“ hat, daß es lediglich zur Wiederinstandsetzung Belgiens und Nordfrankreichs verpflichtet ist. Diesen Begriff in den einer moralischen Schuld umgewandelt zu haben, ist ein propagandistisches Kunststück der Entente, das die Deutschen immer noch nicht durchschaut haben. Die verdrängten Deutschen, von denen besonders die Ueberseeischen den härtesten Einbruch in die politischen Methoden der Entente besitzen, dürften als die am unmittelbarsten betroffenen Opfer des Versailler Diktats in erster Linie dazu berufen sein, hier aufklärend zu wirken und im deutschen Volke die Erkenntnis verbreiten zu helfen, daß es nur eine Quelle alles Übels gibt, das Versailler Diktat, und daß dieses Übel radikal ausgeschaltet und ausgerottet wird durch die Reparationskommission die man zweckmäßigerweise in Zukunft statt „Reparationskommission“ „Kontributionskommission“ nennt. Es handelt sich hier nämlich ganz einfach um die in der Geschichte nicht unbekanntes Kriegsentwädigung, die der Sieger dem Besiegten nicht auf Grund seines „Rechts“, sondern auf Grund seiner Gewalt abnimmt, die freilich in einem Ausmaß wie auf Grund des Versailler Vertrages der Weltgeschichte bisher unbekannt gewesen ist.

### Das Ausland zum neuen Kabinett.

Das „Echo de Paris“ schreibt über die Regierungsbildung des neuen Reichskabinetts Cuno: Der

Reichskanzler macht wenig Gefallen. Man kann ihm nicht das Verdienst zusprechen, daß er ein guter Redner ist. Seine Rede hat nicht das Gehaltene, was man von ihr erwarten konnte. Sie hat nicht einmal das Verdienst, originell zu sein. Es scheint dem Kanzler am Morgen zu liegen, zu zeigen, daß er die Tradition seines Vorgängers fortsetze, denn er wendet die gleichen Formen an. Vom französischen Gesichtspunkt aus hat die neue Regierung den Vorteil, eine klarere Haltung selbst in der Opposition einzunehmen, und das ist besser, als das doppelte Spiel des Kabinetts Birli. Es wird erst in einiger Zeit möglich sein, ein endgültiges Urteil über die Politik des neuen Kanzlers zu fällen.

Der „Eclair“ führt unter anderem aus: Die Stunde der Reden hat sich geschlagen. Neben dem Industriellen Cuno taucht schon die Helmspitze Sudendorfs auf, und „Victoire“ schreibt, wenn Herr Cuno ganz Deutschland hinter sich habe, wäre er sicher sein, daß ganz Frankreich hinter Poincaré stehen werde, um die lächerlichen Angebote des neuen Kanzlers zurückzuweisen. Die römischen Zeitungen begrüßen Cuno in sehr freundlichen Artikeln. Sie bringen seine Biographie und heben seine Leistungen während und nach dem Kriege hervor. Der „Corriere d'Italia“ nennt Cuno einen Mann von großem Talent und einen Freund des Zentrums. Ramentlich wegen seiner vielen Beziehungen zu Amerika sei Cuno der Mann, den Deutschland für den Wiederaufbau brauche.

In der Moskauer „Pravda“ vertritt Kadek den Standpunkt, daß das neue Kabinett Cuno für Sowjetrußland nicht schlechter ist, als die bisherige Regierung Birli. Cuno ist einer der Hauptverächter einer Umänderung mit Sowjetrußland. Er hat als Leiter der Hamburg-Amerika-Linie den Vertrag über die erste gemischte Gesellschaft mit dem Volkskommissariat für Außenhandel über die Gründung der „Deccutra“, die deutsch-russische Transportgesellschaft abgeschlossen. Zwar wünscht Herr Stresemann, daß in Rußland die Bourgeoisie zur Macht kommt, aber soweit er begreift, daß seine Wünsche die tatsächliche Lage der Dinge nicht ändern, ist er für eine sachliche Arbeit mit Sowjetrußland.

(Kadeks Aufsatz ist geschrieben, bevor die Liste der Männer des neuen Kabinetts in Moskau bekannt war. Kadek rechnet in seinem Aufsatz noch damit, daß Stresemann Reichsminister des Neuen wird.)

### 567,6 Milliarden Fehlbetrag im Reichshaushalt.

Die ungeheuren Besatzungskosten.

Der Reichsrat genehmigte den 6. Nachtragsetat zum Reichshaushalt. Ferner wurde zu dem Entwurf über die Ausdehnung von Sonderzuschlägen auf schwierige Grenzorte ein Antrag Hamburg angenommen, wonach für Ortsbesatzungskosten der Beamten nicht mehr die Grundbesätze, sondern die Gesamtbesätze wie bei den Arbeitern angesetzt werden sollen. Schließlich wurden die Beamtenbesoldung und die Inseratensteuer angenommen. Bei der Einbringung des Nachtragsetats wies Ministerialdirektor Sachs auf die Erhöhung des Gesamtfehlbetrages von 238,8 auf 391,1 Milliarden Wfr. hin, wovon nur 45,8 Milliarden aus dem Ertrag der in diesem Jahre falligen Zwangsanleihe gedeckt werden sollen. Von den Betriebsverwaltungen dessen nur die Eisenbahnverwaltung die Ausgaben aus den eigenen Einnahmen.

Für die durch das Moratorium vom Frühjahr d. J. ermäßigten Beträge für Reparationen in Bar- und Sachleistungen hätten 151,9 Milliarden Mark in den Haushalt eingestellt werden müssen. Zur Deckung der Reichsschuldenwechsel mit sechsmonatiger Laufzeit seien 298 Milliarden Papiermark erforderlich. Da die Herstellung des Gleichgewichts angeht, der ungedeckten Forderung von 600 Milliarden Mark zur Ausführung des Friedensvertrages unerschütterlich sei, habe die Regierung für einen mehrjährigen Zeitraum Besetzung von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Versailler Vertrag gefordert. Hierzu gehören vor allem die ungeheuren Lasten der Besatzung. Im besetzten Gebiet müßten wir 140 000 Mann vollständig unterhalten, neue Kasernen, Flugplätze, Werkstätten, Militärwohnhäuser und Schulhäuser errichten. Wenn trotz all dieser Lasten ein durch den Krieg verursachter seiner Wirtschaftskraft, Bevölkerungszahl und Soldatenmangel geschwächtes Volk seit dem Friedensschluß 41 Milliarden Goldmark in bar und anderen Werten aufgebracht habe. Wenn man nicht gut behaupten, es enthalte die neuen Besatzungskosten, könne man die Gesamtsumme auf 367,6 Milliarden

Mark fest. Zu den bereits bewilligten Krediten wird ein weiterer Anleihekredit von 391,5 Milliarden Mark gefordert.

### Deutscher Protest gegen Polen.

In einer am 28. November dem Völkerverbund im Genf abgegebenen Note werden die Besatzungskosten, die die polnische Regierung in einer früheren Note gegen die deutsche Regierung erhoben hat, widerlegt. Durch ausgiebiges Beweismaterial ist dargetan, daß die Verhandlungen nationaler Rinderheiten, deren Schauplatz Oberschlesien im Frühjahr 1922 gewesen ist, in Oberschlesien ihren Anfang genommen haben. Auf Grund genauer Unterlagen wird die Zahl der deutschen Flüchtlinge aus Ost-Oberschlesien auf ungefähr 40 000 Köpfe bestimmt, d. h. es sind aus Ost-Oberschlesien mehr als zweimal soviel Menschen vertrieben worden wie aus West-Oberschlesien. Die polnischen Angaben über deutsche Terrorakte haben sich bei der Nachprüfung als äußerst übertrieben und in einer Reihe von Fällen auch objektiv als unzutreffend herausgestellt. Insbesondere erweisen sich die schweren, gegen die Verwaltungs- und Polizeibehörden erhobenen Anschuldigungen als durchaus unbegründet.

Die deutsche Note lenkt dann die Aufmerksamkeit des Völkerverbunds auf die Tatsache, daß die polnische Regierung trotz ihrer, im Abkommen vom 15. Mai 1922 übernommenen Verpflichtungen, Rinderheitschulen einzurichten, dieser Verpflichtung nur völlig ungenügend oder gar nicht nachgekommen ist. Der Wojewode von Schlesien hat am 21. August eine Verordnung über die Gestaltung des Volksschulwesens im oberschlesischen Teile der Wojewodschaft Schlesien erlassen, auf Grund deren die Schulleitungen Rinder gegen den Willen der Erziehungsberechtigten in polnische Klassen einweisen, wenn sie polnische Namen tragen oder auf Befragen angeben, daß die Eltern Polnisch sprechen. Hierin liegt eine schwere Verletzung des Genfer Abkommens, das die Einrichtung von Rinderheitschulen möglichst erleichtern wollte und eine mündliche Erklärung des Erziehungsberechtigten über die Sprache des Kindes als ausreichend erachtete.

Die deutsche Regierung ist einerseits entschlossen, auch weiterhin das Genfer Abkommen loyal durchzuführen, besteht aber andererseits nachdrücklich darauf, daß Polen nunmehr seinen Verpflichtungen aus dem Genfer Abkommen endlich gerecht werde. Die gegen die Schutzpolizei und die deutschen Verwaltungsbehörden erhobenen Anschuldigungen werden eingehend gerichtlich untersucht. Eine unparteiische Untersuchung wird gewährleistet, wenn die polnische Regierung ihrerseits das gleiche tun wollte bezüglich des deutschen Protokolls über die Fälle polnischer Terrors in Oberschlesien.

### Mögliche Vertagung von Lausanne?

Wie aus Lausanne gemeldet wird, haben mit der Ankunft des größten Teiles der russischen Delegation die Intrigen bei der Orientkonferenz ihren Höhepunkt erreicht, der wohl erst nach der Ankunft Tschitscherins überschritten werden dürfte. Tschet-Rascha, der nach seiner Unterredung mit Lord Curzon sehr erregt gewesen sei, zeigte sich nach einer Besprechung mit der russischen Delegation sehr zufrieden, obwohl ihm die Russen klipp und klar darlegten, daß sie den ganzen Handel um die Petroleumfelder von Moskau nicht mitmachen wollten, da sie das für „imperialistische Machte“ hielten. Sie sollen aber den Türken im Abgesehen weitgehende Unterstützung zugesagt haben. Schon jetzt spreche man von einer möglichen Vertagung der Orientkonferenz bis Mitte Dezember, um zunächst einmal die Reparationskonferenz stattfinden zu lassen, und die Orientkonferenz dann etwa im Mitte Januar wieder einzuberufen. Wahrscheinlich sei auch, daß Douschour seinen Lausanner Aufenthalt dazu benutze, um einige Reparationsfragen mit den Delegierten Rußlands und mit amerikanischen Finanzleuten sowie mit seinen englischen und italienischen Verbündeten vorzubereiten, und daß man versuchen werde, die Orientkonferenz vor Beständen auf alle Fälle zu beenden. Die Reparationskonferenz würde dann sofort nach Abschluß der Orientkonferenz in Brüssel beginnen.

### Deutschlands Wasserstraßen.

Das Wortliche Telegrammbüro berichtet eine längere Erwiderung auf die Behauptung des französischen Ministers de Broque, daß Deutschland gegenwärtig 2750 Kilometer Binnenwasserstraßen ausbaue und hierfür einen Betrag von vier Milliarden Gold-